

**Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie**

A-1015 Wien, Mahlerstraße 6

Postfach 10

Telefon 51 507 / \*

Klappe:

24

Sachbearbeiter:

OR Frischengruber

GZ: 31 2100/7-III/1/87

An das  
Präsidium des  
NationalratesParlament  
1010 W i e n  
=====

Bitte bei Antwort i m m e r die Geschäftszahl anführen.

GESETZENTWURF	
Zl.	45 - GE/9.87
Datum:	11. SEP. 1987
Verteilt:	14.9.1987 Rössner

*Li Hlavac*  
o /

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Änderung von Familiennamen und Vornamen  
(Namensänderungsgesetz - NÄG);  
Begutachtungsverfahren.  
Stellungnahme des Katholischen Familien-  
verbandes

Bezug: 10.649/38-IV/4/87 des Bundesministeriums  
für Inneres, Schreiben vom 30. Juni 1987

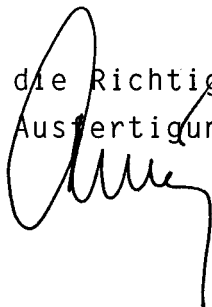
Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie  
beehrt sich, im Nachhang zu seiner Stellungnahme vom  
25. August 1987 zu dem im Gegenstand genannten Gesetz-  
entwurf 25 Ausfertigungen der ihm verspätet zugekommenen  
Stellungnahme des Katholischen Familienverbandes nachzu-  
reichen.

10. September 1987

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. FINDER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



# Katholischer Familienverband Österreichs

Wien, 27. 8. 1987

Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie  
Abt. II/2

Mahlerstraße 6  
1015 Wien

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	
Eing.am 10. Sep. 1987	
Zl. 312100/7	Beilg. 8

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Änderung von Familien-  
namen und Vornamen

GZ. 22 0839/7-II/2/87

Sehr geehrte Damen und Herren!

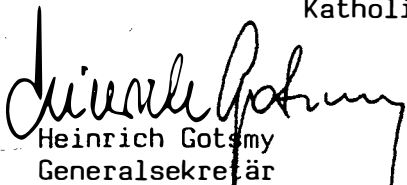
Der Katholische Familienverband Österreichs dankt für die Übersendung des  
oben angeführten Entwurfes und nimmt dazu folgendermaßen Stellung:

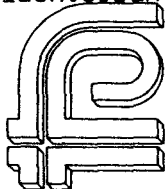
Nach der Bestimmung des § 4 des Entwurfes soll sich die einem Ehegatten  
bewilligte Änderung des Familiennamens nur dann auf den Ehegatten erstrecken,  
wenn dieser dem Personenkreis des § 1 Abs. 1 Entw. angehört, also nicht,  
wenn dieser ausländischer Staatsbürger ist. Diese Regelung steht nach Ansicht  
des Katholischen Familienverbandes Österreichs in einem unüberbrückbaren  
Spannungsverhältnis zur Forderung des § 93 Abs. 1 erster Satz ABGB nach  
einem einheitlichen Familiennamen, welche nach Kenntnis des Katholischen  
Familienverbandes auch für Ehen von Österreichern mit Ausländern gilt. Der  
Hinweis in den Erläuterungen auf die mangelnde Hoheitsgewalt gegenüber  
Ausländern erscheint dem Katholischen Familienverband Österreichs in diesem  
Zusammenhang - schon im Hinblick auf die zitierte Bestimmung des § 93 ABGB -  
nicht zwingend.

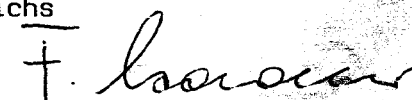
Für den Katholischen Familienverband Österreichs ist es aber auch nicht  
nachvollziehbar, warum zwar bei Eingehen der Ehe der uneingeschränkte Zwang  
zum gemeinsamen Familiennamen besteht, im Falle der Änderung desselben hin-  
gegen aus wirtschaftlichen Gründen (warum nicht auch aus immateriellen ?)  
hievon Abstand genommen werden kann.

Der Katholische Familienverband Österreichs ersucht um Berücksichtigung  
seiner Stellungnahme.

Für den  
Katholischen Familienverband Österreichs

  
Heinrich Gotschy  
Generalsekretär



  
Dr. Franz Stadler  
Präsident

Generalsekretariat, 1010 Wien, Spiegelgasse 3, Telefon 51 552/201 (Durchwahl) Familie

Bankverbindungen: Österreichische Länderbank AG, Kto.-Nr. 222 110 65  
Raiffeisenbank Wien, Kto.-Nr. 2.047.371  
Bankhaus Schellhammer & Schattera, Kto.-Nr. 13.915  
DVR-Nr. 0116858/091280

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	
Eing.am 1987 -09- - 3	
Zl. 22.0839/10	Beilg. 8